



An den Grossen Rat

14.5650.03

Petitionskommission  
Basel, 17. Mai 2018

Kommissionsbeschluss vom 17. Mai 2018

## **Petition P 332 "Für eine wöchentliche Abfuhr von Bio-Abfällen"**

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat in seiner Sitzung vom 7. Januar 2015 die Petition „Für eine wöchentliche Abfuhr von Bio-Abfällen“ der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Mit dem Bericht vom 21. Mai 2015 stellte die Petitionskommission dem Grossen Rat Antrag, die Petition der Regierung zur Stellungnahme innert eines halben Jahres zu überweisen. Mit Beschluss vom 16. August 2016 nahm der Regierungsrat zuhanden der Petitionskommission Stellung.

### **1. Wortlaut der Petition<sup>1</sup>**

*Die Unterzeichnenden lancieren eine Petition an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt, die Gesetzesgrundlage zu schaffen für eine **wöchentliche regelmässige Abfuhr von Bioabfällen** (Küchenabfälle).*

*Begründung: Bioabfälle sind zu kostbar, um sie zu verbrennen. Werden sie vergärt entstehen Biogas, Kompost und Dünger.*

*Heute enthalten die Bebbisäcke bis zu 40 % Biomasse, kostbar für die Herstellung von Energie, unsinnig in der Kehrichtverbrennung.*

*Stattdessen können die Bioabfälle der Biopoweranlage in Pratteln zugeführt werden. Der Pilotversuch mit Bioklappen ist nicht überzeugend. Die Wege sind zu weit, der Zugang mit Chipkarten ist zu kompliziert.*

*Die Gemeinde Riehen kennt seit Jahren eine wöchentliche Abfuhr von Bioabfällen (Küchenabfälle), die in die Biopoweranlage in Pratteln gebracht werden.*

*Schweiz weit werden Bioabfälle vergärt und tragen zunehmend zur Erzeugung von Strom bei, der ins Netz eingespeist wird.*

*Wir, eine Gruppe von Frauen, setzen uns mit dieser Petition dafür ein, dass auch Basel die Bioabfälle einer sinnvollen Vergärung zuführt.*

<sup>1</sup> Petition P 332 „für eine wöchentliche Abfuhr von Bioabfällen (Küchenabfälle)“, Geschäfts-Nr. 16.5585.01.

## **2. Bericht der Petitionskommission vom 21. Mai 2015**

Die Petitionskommission bat nach Entgegennahme der Petition, in Kenntnis der neuesten Stellungnahme des Regierungsrats zum Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend „Einführung einer Bioabfall-Abfuhr und einer Energiegewinnung durch Vergärung<sup>2</sup>“, den Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) mit Schreiben vom 31. Januar 2015 um Stellungnahme zum Petikum.

In seiner Stellungnahme vom 5. März 2015 führte der Vorsteher des WSU aus, dass die separate Entsorgung von Biomasse unter Berücksichtigung der Schliessung von Stoffkreisläufen (Rückgewinnung von Energie und stofflichen Ressourcen) ein erstrebenswertes Ziel bilde und vom Regierungsrat grundsätzlich begrüsst wird. Auf operativer Ebene seien die Herausforderungen jedoch vielfältig. Die Einführung eines flächendeckenden Systems für die Sammlung, den Transport und die Verarbeitung von Bioabfällen in Basel müsse zwingend gesamtheitlich und innerhalb des bestehenden Abfallwesens betrachtet werden. In einer separaten Vorlage soll die Konzeption und Finanzierung für die Entsorgung von Bioabfällen neu erarbeitet und dem Grossen Rat vorgelegt werden.

Die Petitionskommission gelangte aufgrund dieser Antwort zum Schluss, dass bezüglich dem Anliegen der Petentschaft noch vieles im Fluss ist und beantragte daher, vorliegende Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert einem Jahr zu überweisen.

## **3. Stellungnahme des Regierungsrats, Regierungsratsbeschluss vom 16. August 2016**

Der Regierungsrat nimmt zur vorliegenden Petition wie folgt Stellung:

„Im Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Nora Bertschi betreffend „Bio-Klappen“ (14.5134.02) vom 8. Juni 2016 wird auf den aktuellen Sachverhalt bei der Entsorgung der Bioabfälle in der Stadt Basel eingegangen. Wir verweisen an dieser Stelle auf dieses Schreiben. Nachfolgend führen wir die Schlussfolgerungen und das geplante Vorgehen nochmals aus.

Die bisher erarbeiteten Fakten hinsichtlich der Entsorgung und Verwertung von Bioabfällen zeigen, dass die Einführung eines flächendeckenden Systems für die Sammlung, den Transport und die Verarbeitung von Bioabfällen in Basel eine grosse Herausforderung ist. Die angedachten und untersuchten Lösungen (vgl. Studie „Biomasse in Basel, 2015“) für die Entsorgung der Bioabfälle in Basel vermögen nicht zu überzeugen.

Dennoch möchte der Regierungsrat weiterhin an einer sinnvollen und kundenfreundlichen Lösung für die stoffliche Verwertung von Bioabfällen in dieser Stadt arbeiten. Dazu müssen weitere Optionen innerhalb einer Gesamtstrategie für die Entsorgung der Abfälle in der Stadt Basel geprüft und erarbeitet werden. Bis Ende 2016 soll ein solches ganzheitliches Abfallverwertungs- und Entsorgungskonzept vorliegen, das auch die stoffliche Verwertung von Bioabfällen, aber auch von anderen wiederverwertbaren Materialien beinhaltet, um der neuen schweizerischen Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (VVEA) vom 4. Dezember 2015 Abfallverordnung gerecht zu werden.

Die zuständigen Dienststellen im Kanton haben bereits begonnen, eine Gesamtstrategie für die Abfallentsorgung in Basel zu erarbeiten, mit dem Ziel, für die Abfallentsorgung in der Stadt Basel zukünftig eine kundenfreundliche Gesamtlösung vorzugeben, die der neuen Abfallverordnung wie auch den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohnern Rechnung trägt. Die Strategie mit der Umsetzungsplanung (inkl. Kosten und Ressourcenbedarf) soll als Ratschlag bis Anfang 2017 dem Grossen Rat vorgelegt werden.“

---

<sup>2</sup> Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend „Einführung einer Bioabfall-Abfuhr und einer Energiegewinnung durch Vergärung“, Geschäfts-Nr. 12.5246.01.

#### **4. Erwägungen der Petitionskommission**

Der Regierungsrat verwies in seiner Stellungnahme erneut darauf, dass die Einführung eines flächendeckenden Systems für die Sammlung, den Transport und die Verarbeitung von Bioabfällen in Basel eine grosse Herausforderung darstellt. Es bestehe die Absicht, eine Gesamtstrategie für die Abfallentsorgung in Basel zu erarbeiten, mit dem Ziel, für die Abfallentsorgung in der Stadt Basel zukünftig eine kundenfreundliche Gesamtlösung vorzugeben, die auch eine Lösung für die stoffliche Verwertung von Bioabfällen beinhaltet. Diese Strategie samt Umsetzungsplanung (inkl. Kosten und Ressourcenbedarf) sollte dem Grossen Rat als Ratschlag bis Anfang 2017 vorgelegt werden.

Die Petitionskommission entschied sich aufgrund dieser Stellungnahme, den vom Regierungsrat in Aussicht gestellten Ratschlag mit einer Gesamtstrategie für die Abfallentsorgung in Basel vorerst abzuwarten und informierte die Petentschaft entsprechend. Da der Ratschlag nicht wie in Aussicht gestellt dem Grossen Rat vorgelegt wurde, liess sich die Kommission im Herbst 2017 vom Leiter des Amtes für Umwelt und Energie (AUE, WSU) an einer ihrer Sitzungen über den Stand der Arbeiten an diesem Gesamtkonzept, mit speziellen Fokus auf die Entsorgung von Bioabfällen, informieren. Gemäss dieser Information sind die Arbeiten an der Gesamtstrategie für die Abfallentsorgung nach wie vor im Gang. Die Petitionskommission bittet den Regierungsrat, dem Grossen Rat den in seiner Stellungnahme vom 17. August 2016 in Aussicht gestellten Ratschlag vorzulegen oder den Grossen Rat über die weiteren Pläne in Bezug auf die geplante Gesamtstrategie zu informieren.

#### **5. Antrag**

Die Petitionskommission beantragt einstimmig, vorliegende Petition dem Regierungsrat erneut zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Im Namen der Petitionskommission



Tonja Zürcher  
Kommissionspräsidentin